



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XIII/2009)

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die letzte Sitzungswoche in diesem Jahr war erneut von der Uneinigkeit der schwarz-gelben Regierung geprägt, auch was den Vorfall in Kunduz betrifft. Die SPD fordert, dass der Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg endlich die Unklarheiten um seine 180°-Wende bei der Neubewertung des Vorfalls in Kunduz sowie um die Entlassungen des Bundeswehr-Generalinspektors Wolfgang Schneiderhan und des Staatssekretärs Peter Wichert beseitigen muss.

Aber nicht nur über den Fall Guttenberg wird in dieser Ausgabe von *KURZ & GUT* berichtet. Weitere Themen unseres Newsletters sind unter anderem die Forderung der SPD, eine atomfreie Welt zu schaffen, der Pakt für Studienqualität und gute Lehre, die Verlängerungen zweier Bundeswehreinätze sowie der Gesetzentwurf der SPD zum ausdrücklichen Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität.

Glückauf und eine frohe Weihnachtszeit wünschen

Johannes Pflug



Bärbel Bas



IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND V.I.S.D.P.: BÄRBEL BAS, MDB / JOHANNES PFLUG, MDB
REDAKTION: MANUEL REIß, SILVIA POPP
PLATZ DER REPUBLIK 1,
11011 BERLIN
DIE TEXTE KOMMEN ZUM TEIL VON DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XIII/2009)

Inhaltsverzeichnis

Seite		Seite	
02	Aktuelle Stunde: Minister Guttenberg verteidigt sich selbst	09	Umbau der Jobcenter verantwortungslos
03	Regierungserklärung zum Europäischen Rat vom 10./11. Dezember und zur UN-Klimakonferenz in Kopenhagen	10	Pakt für Studienqualität und gute Lehre
05	Kundus-Untersuchungsausschuss	11	Stärkere Projektförderung für kleine und mittlere Unternehmen
06	Verlängerung der Operation ALTHEA	12	Keine Besteuerung der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit
07	Verlängerung der Operation ATALANTA	13	Abschaffung von Kettenduldungen
08	Für eine Welt ohne Atomwaffen	14	Keine Diskriminierung aufgrund sexueller Identität

AKTUELLE STUNDE

Minister Guttenberg verteidigt sich selbst

Die von der Regierung für den 16. Dezember beantragte Aktuelle Stunde „Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan“ nutzte die SPD-Bundestagsfraktion, um von Verteidigungsminister Guttenberg endlich klare Antworten zu bekommen. Denn es stellen sich immer mehr Fragen zu den Vorgängen in Kundus, der sich anschließenden Informationspolitik des Verteidigungsministeriums sowie zu den Entlassungen von Bundeswehr-Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan und Staatssekretär Peter Wichert.

Wie erwartet, blieb Guttenberg die Klarheit, die Parlament und Öffentlichkeit zu Recht von ihm erwarten können, weiterhin schuldig. Doch es war nicht zu übersehen, dass die Debatte um seine Person und seine Kehrtwende in der Bewertung der Vorgänge am 4. September in Kundus Spuren bei ihm hinterlässt. Er reagierte unsouverän auf die berechtigten Fragen und Vorhaltungen der Opposition und machte auch vor Verleumdung nicht halt.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier erklärte, es gehe darum, herauszufinden, ob der Verteidigungsminister die Wahrheit gesagt habe oder nicht, als er vor dem Parlament den Eindruck erweckte, der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr und der ehemalige Staatssekretär hätten ihn getäuscht und Informationen vorenthalten. Auch inter-

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XIII/2009)

essiere ihn, welche Berichte am 6. November gefehlt hätten, die angeblich zu einer Neubewertung des Luftangriffs am 3. Dezember geführt hatten. Er selbst könne sich eine bewusste Täuschung durch den erfahrenen und hoch geachteten Generalinspekteur sowie den Staatssekretär nicht vorstellen. Er forderte Guttenberg auf, die Schreiben der beiden Personen, die aktuell in den Medien zitiert werden, dem Parlament und der Öffentlichkeit vorzulegen. Steinmeier wollte wissen, wie Guttenberg auf Basis des COM-ISAF-Berichts und des Berichts des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes den Luftangriff am 6. November als „militärisch angemessen“ bezeichnen konnte und am 3. Dezember zu einer völlig anderen Bewertung gekommen sei. Schließlich enthalte der Feldjägerbericht keine anderen Informationen als die, die der Verteidigungsminister vorgab bereits gekannt zu haben. Denn beide Quellen hätten auf Einsatzfehler und zivile Opfer hingewiesen. Diese 180°-Wende könne sich Steinmeier nur so erklären, dass Guttenberg am 6. November der Truppe gefallen wollte und als er bemerkte, dass sich der Wind drehte, eben auch beigedreht habe. Damit irritiere Guttenberg die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr.

REGIERUNGSERKLÄRUNG

Schwarz-Gelb sägt am Thron der Klimakanzlerin

Am 17. Dezember fand eine Regierungserklärung der Kanzlerin zum Europäischen Rat am 10./11. Dezember in Brüssel und zur UN-Klimakonferenz vom 7. bis 18. Dezember in Kopenhagen statt. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion zwei Anträge zur Herstellung des Einvernehmens mit dem Bundestag über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Island (17/246) sowie über den spanischen Vorschlag für die Aufnahme von Verhandlungen über Vertragsveränderungen gemäß 48 EUV (Übergangsmaßnahmen betreffend der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments) (17/235) im Bundestag eingebracht.

Die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin erwiderten für die SPD-Bundestagsfraktion der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ulrich Kelber, der europapolitische Sprecher Axel Schäfer und die stellvertretende entwicklungspolitische Sprecherin Bärbel Kofler. Ulrich Kelber erinnerte an die große Tradition, die Deutschland als treibende Kraft auf Klimakonferenzen habe. Er forderte die Kanzlerin auf, diese Rolle auch in Kopenhagen zu übernehmen. Dies ist die erste Klimakonferenz, zu der die Bundesregierung ohne einen gemein-

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XIII/2009)

sam beschlossenen Auftrag des Deutschen Bundestages fährt. „Der Grund dafür ist der Affront, den Bundesminister Niebel in der letzten Sitzungswoche hier vorbereitet hatte,“ hielt Kelber der Bundesregierung vor. Denn Niebel hatte festschreiben lassen, dass Deutschland seine finanziellen Zusagen an die Entwicklungsländer zum Klimaschutz mit bereits gemachten Zusagen zur weltweiten Armuts-, Hunger- und Seuchenbekämpfung verrechnet. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte deshalb einen eigenen Antrag ins Plenum eingebracht. Kelber warf der Kanzlerin vor, dass sie Niebel nicht gestoppt habe.

Die Herausforderungen für den Endspurt in Kopenhagen sind die Zurückhaltung der beiden Staaten mit dem größten Treibhausgasausstoß bei der Festlegung ihrer Reduktionsziele. Mit gut vier Prozent der Weltbevölkerung verantworten die USA über 20 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes. Auch, wenn sich dort manches beim Klimaschutz bewegt, wird das bisherige Angebot von vier Prozent Emissionsreduktion gegenüber 1990 den Herausforderungen nicht gerecht. Auch China muss trotz der bereits erfolgten Maßnahmen zur Energieeffizienz und zum Klimaschutz bei der Treibhausgasreduktion schneller werden. Weil China den Umstieg schneller bewältigen muss als die alten Industriestaaten, hat das Land einen Anspruch auf technologische und finanzielle Unterstützung. Die zweite Herausforderung ist, die Entwicklungs- und Schwellenländer zu überzeugen, den Kampf gegen den Klimawandel, den sie nicht verursacht haben, zu unterstützen. Dafür sind Glaubwürdigkeit und die Bereitschaft, sich finanziell zu engagieren notwendig. Schwarz-Gelb ist das Angebot an die Entwicklungs- und Schwellenländer 420 Millionen Euro pro Jahr wert. Und das für eine Aufgabe, über die Merkel selbst gesagt hat, dass es dabei um die Grundlagen unseres Lebens gehe. Dem stehen Subventionen an die Hotellobby von gut einer Milliarde Euro gegenüber. Kelber forderte Merkel auf, in Kopenhagen nachzulegen und klarzustellen, „dass Deutschland sowohl zu seiner Zusage steht, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Armutsbekämpfung zu geben,“ und zusätzlich Mittel für den Klimaschutz zur Verfügung stelle. Zudem müsse auf den Trick verzichtet werden, die Ausgaben deutscher Firmen zur Erfüllung ihrer Klimaschutzaufgaben für Projekte im Ausland als Mittel für den internationalen Klimaschutz aufrechnen zu lassen. Dies hätten die Entwicklungs- und Schwellenländer längst durchschaut und sie hätten es satt. Niebel sei zu verdanken, dass Deutschland erstmalig mit dem peinli-

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XIII/2009)

chen Negativpreis „Fossil of the day“ von etwa 450 Klimaschutzorganisationen ausgezeichnet wurde.

SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Kundus-Untersuchungsausschuss

Am 16. Dezember 2009 hat sich der Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen in Kundus und der darauf folgenden Informationspolitik aus dem Verteidigungsausschuss heraus konstituiert. Vorsitzende ist Susanne Kastner. In der anschließenden Sitzung lagen bereits weit über 100 Beweisanträge vor. Davon hat die Regierung 28 Anträge zurückgestellt. Insgesamt sollen bislang rund 50 Zeugen befragt werden. Eine Reihenfolge, nach der sie geladen werden, hat der Untersuchungsausschuss nicht beschlossen. Sollte in der kommenden Sitzung des Ausschusses in der Haushaltswoche im Januar keine Einigung erzielt werden, so greift das Reißverschlussystem für die Zeugenladung. Dies bedeutet, dass der/die erste Zeuge/in von den Regierungsfractionen benannt wird und der/die darauf folgende von der Opposition. Die Befragungen wichtiger Zeugen werden, wie von SPD und Grünen gefordert, öffentlich stattfinden. Nur wenn es um konkrete militärische Vorgänge geht, tagt der Untersuchungsausschuss nicht öffentlich. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses wird wenigstens ein Jahr in Anspruch nehmen.

Bereits im Januar will die SPD, dass Verteidigungsminister Guttenberg und die Kanzlerin dem Ausschuss Rede und Antwort stehen. Und das möglichst noch vor der Afghanistan-Konferenz in London am 28. Januar. Auch sollen der von Guttenberg entlassene ehemalige Generalinspektor Wolfgang Schneiderhan sowie der ebenfalls von ihm geschasste ehemalige Staatssekretär Peter Wichert befragt werden. Außerdem will die SPD Ex-Verteidigungsminister Franz Josef Jung, der am 27. November auf Grund der Kundus-Vorgänge zurücktreten musste, und Oberst Georg Klein, der den Luftangriff am 4. September befohlen hatte, im Untersuchungsausschuss anhören. Zudem fordern SPD und Grünen, dass die Bundesregierung dem Parlament endlich einen eigenständigen Bericht über die Vorgänge um den Luftangriff bei Kundus vorlegt. Diesen ist die Kanzlerin trotz Ankündigung seit langem schuldig geblieben.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XIII/2009)

AUSSEN

Verlängerung der Operation ALTHEA

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Entschließungsantrag (17/282) zur 2./3. Lesung des Antrags der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation ALTHEA (17/180, 17/275) am 18. Dezember in den Bundestag eingebracht.

Wir haben der Fortsetzung der EU-geführten Operation ALTHEA für die kommenden 12 Monate zugestimmt. Bosnien-Herzegowina braucht auch 15 Jahre nach dem Friedensabkommen von Dayton weiterhin die internationale Gemeinschaft und internationale Militärpräsenz durch die EU-geführte Operation ALTHEA, um die Stabilität im Land zu gewährleisten. Es bedarf nachdrücklicher Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft und einer klaren politischen Strategie, um die Phase der Stagnation in Bosnien-Herzegowina zu überwinden. Die Hauptverantwortung für die zukünftige Entwicklung liegt jedoch bei den gewählten Volksvertretern im Lande.

Von der Bundesregierung fordern wir in unserem Entschließungsantrag, Initiativen zu einem politischen Prozess für eine dauerhafte stabile Ordnung in Bosnien-Herzegowina. Dabei ist die Perspektive für einen EU-Beitritt unbedingt aufrecht zu erhalten. Zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen bedarf es weiterer innerer Reformen inklusive einer Verfassungsreform in Bosnien-Herzegowina um ein handlungsfähiges Staatswesen zu schaffen. Dann kann auch die Auflösung des Hohen Repräsentanten (OHR) und die Übergabe an den EU-Sondergesandten erfolgen. ALTHEA kann dann in eine militärische Beratungsmission überführt werden.

Als greifbares Zeichen der Anbindung an die EU und zur Überwindung der mentalen Mauern zwischen den ethnischen Gruppen sollte die Visumpflicht für Bosnien-Herzegowina bald möglichst abgeschafft werden. Außerdem fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, bei der Rückführung der Flüchtlinge darauf zu achten, dass diese angemessene Lebensbedingungen - insbesondere menschenwürdige Unterkünfte - und die Möglichkeit

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XIII/2009)

erhalten, ihren Beitrag zum Aufbau der demokratischen und multiethnischen Gesellschaft zu leisten.

Verlängerung der Operation ATALANTA

Zur 2./3. Lesung des Antrags der Bundesregierung „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias“ (ATALANTA) (Drs. 17/179, 17/274) am 17. Dezember hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Entschließungsantrag (Drs. 17/279) eingebracht.

Die seit 2008 regierende, international anerkannte Übergangsregierung (Transitional Federal Government, TFG) unter Sheik Achmed hat im August 2008 das Djibouti-Friedensabkommen unterzeichnet und so einen neuen politischen Prozess im Land eingeleitet. Doch hat die Übergangsregierung TFG mit Unterstützung der im Land stationierten AMISOM erst in wenigen Teilen Somalias die Kontrolle. Fehlende staatliche Kontrolle und wirtschaftliche Not begünstigten die Entwicklung der Seeräuberei. Mit der EU-geführten Operation ATALANTA geht die internationale Gemeinschaft gegen die Piraten vor. Insbesondere werden Schiffe mit Nahrungsmittelhilfen des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen und internationale Handelsschiffe durch die beteiligten Seestreitkräfte geschützt. So konnten seit Beginn des Einsatzes alle Schiffe mit Hilfsgütern an Bord vor Angriffen geschützt und sicher nach Somalia gebracht werden. Deshalb haben wir der Verlängerung des Mandats zugestimmt.

Aber wir fordern, dass bei der Verlängerung des Mandates ATALANTA zwingend eine Perspektive für die Stabilisierung und die noch angestrebte Verbesserung der Sicherheit in den Gewässern vor Somalia auch ohne militärische Präsenz ausländischer Streitkräfte entwickelt wird. Deshalb muss der Kampf gegen Piraterie Hand in Hand gehen mit

- der Unterstützung des politischen Prozesses mit dem Ziel einer handlungsfähigen, legitimierten Regierung,
- der Hilfe bei der Schaffung von staatlichen Strukturen und Rechtssicherheit
- sowie der ausreichenden Lebensmittelversorgung.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XIII/2009)

Die Mission braucht künftig klarere Ziele. Dazu muss dem Parlament regelmäßig von der Regierung eine transparente Berichterstattung vorgelegt werden. Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, sich auch weiterhin für die Schaffung eines Internationalen Seestrafgerichtshofes zur Verfolgung der Piraten einzusetzen. Die internationalen sowie die eigenen Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit müssen von der Bundesregierung verstärkt werden, um dabei zu helfen wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen in Somalia zu entwickeln, die die Existenzgrundlagen und die Lebensbedingungen der Menschen auf friedlicher Basis gewährleisten.

Für eine Welt ohne Atomwaffen

Für uns ist eine atomwaffenfreie Welt keine Utopie, sondern eine realistische Vision. Frank-Walter Steinmeier hat als Außenminister in den letzten Jahren mit großem Einsatz für einen neuen Anlauf bei der nuklearen Abrüstung geworben. Wir haben jetzt durch die neue US-Regierung und die russische Kooperation eine realistische Chance auf substantielle Fortschritte bei der atomaren Abrüstung. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt auf einen Erfolg der amerikanisch-russischen Verhandlungen über ein START-Nachfolgeabkommen. Ein solcher Erfolg könnte auch ein wichtiger Impuls für einen erfolgreichen Abschluss der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages im Mai 2010 sein. Diese Konferenz ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer neuen Abrüstungspolitik.

Der Abzug taktischer Atomwaffen der USA aus Deutschland ist ein erster Testfall für den neuen Bundesaußenminister Westerwelle. Wir unterstützen dieses Ziel, erwarten von der Bundesregierung jetzt aber auch konkrete Schritte, die den vollmundigen Ankündigungen ihres Außenministers Taten folgen lassen. Unser Ansatz reduziert sich nicht auf die Frage des Abzugs taktischer Atomwaffen aus Deutschland. Wir fordern mit unserem Antrag: „Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen“ (Drs.17/242), den der Bundestag am 18. Dezember beraten hat, zusätzliche Initiativen der Bundesregierung zur Stärkung des Nichtverbreitungsregimes und zur Stärkung der Internationalen Atomenergieagentur. Darüber hinaus unterstützen wir auch zivilgesellschaftliche Initiativen für eine atomwaffenfreie Welt, die unter anderem Aktions- und Zeitpläne entwickeln, um die Atomwaffenarsenale bis 2030 schrittweise auf Null zu reduzieren.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XIII/2009)

ARBEIT

Umbau der Jobcenter verantwortungslos

Schwarz-Gelb möchte die bewährte gemeinsame Betreuung von Langzeitarbeitslosen durch Bund, Städte und Gemeinden aufgeben und auf getrennte Aufgabenwahrnehmung umstellen. Das heißt, die ARGEN und Optionskommunen müssen Ende 2010 aufgelöst werden. Für derzeit 6,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger bedeutet das, sie müssen zu zwei Behörden gehen, müssen zweimal Anträge stellen, ihre Akten müssen zweimal geprüft werden und sie bekommen zwei Bescheide.

Hintergrund für die Entscheidung ist, dass das Bundesverfassungsgericht die Zusammenarbeit von Kommunen und Bund für verfassungswidrig erklärt hat. Die Frist, die das Bundesverfassungsgericht gesetzt hat, endet am 31. Dezember 2010. Dann haben ARGEN und Optionskommunen keine Rechtsgrundlage mehr. Da sich diese Strukturen aber als intakt und arbeitsfähig erwiesen haben, sollte eine Möglichkeit gefunden werden, mit einer Grundgesetzänderung die Modelle zu erhalten. Die Fraktion hat dazu zwei Gesetzentwürfe eingebracht (Drs. 17/181, 17/182). Die Gesetzentwürfe basieren auf dem noch von Olaf Scholz mit den Ländern ausgehandelten Vorschlag.

Alle 16 Ministerpräsidenten der Länder hatten im März diesem Vorschlag zugestimmt, ebenso das CDU-Präsidium. Wer nicht zustimmte, war die CDU/CSU-Fraktion. Damit scheiterte eine vernünftige Lösung in einer für den Arbeitsmarkt schwierigen Zeit. Die neue schwarz-gelbe Regierung widersteht nun auch wieder einer vernünftigen Lösung und strebt einen Weg an, der die Arbeitsvermittlung auf unverantwortliche Weise erschwert. Sie setzen auf getrennte Aufgabenwahrnehmung. Dadurch würde eine extrem umständliche Verwaltungsstruktur aufgebaut, die unnötig Arbeitsaufwand und Mehrkosten für den Bund von jährlich 450 Millionen Euro und für die kommunalen Träger von 350 Millionen Euro verursacht. Diese zusätzlichen 800 Millionen Euro kommen nicht bei den betroffenen Hilfeempfängern an, sondern würden allein für mehr Bürokratie aufgewendet. Die Betreuung für Langzeitarbeitslose würde umständlicher und schlechter.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XIII/2009)

Die Bundesländer haben sich auf der letzten Arbeits- und Sozialministerkonferenz mit einem eindeutigen Votum für eine Grundgesetzänderung ausgesprochen, die die Einrichtung von Zentren für Arbeit und Grundsicherung auf eine grundgesetzlich feste Grundlage stellt. Die Bundesregierung täte gut daran, auf die Länder zu hören. Mit den Gesetzentwürfen werden die Voraussetzungen geschaffen, damit für die Träger Bundesagentur für Arbeit und Kommunen auch künftig die Aufgaben gemeinsam wahrnehmen können. Dazu werden so genannte „Zentren für Arbeit und Grundsicherung“ als Anstalten des öffentlichen Rechts errichtet, in denen die Träger ihre Kompetenzen bündeln und die Hilfen einheitlich erbringen. Die Bundesagentur für Arbeit und die kommunalen Träger bleiben für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben verantwortlich. Durch klare Aufsichtsstrukturen ist Transparenz für den Bürger und die Möglichkeit der Zuordnung der Verantwortung für die einzelnen Leistungen gegeben. Der Entwurf baut damit auf den Erfahrungen der Zusammenarbeit auf und entwickelt diese im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts weiter.

Diese Lösung bietet sowohl den Arbeitssuchenden als auch den Beschäftigten verlässliche Strukturen, den geringsten Grad an Bürokratie und letztlich deutlich weniger Kosten als der Vorschlag der Bundesregierung.

BILDUNG

Pakt für Studienqualität und gute Lehre

Am 17. Dezember hat der Deutsche Bundestag den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Pakt für Studienqualität und gute Lehre“ (Drs. 17/109) eingebracht.

Zur Sicherung der Leistungsfähigkeit und Offenheit unserer Hochschulen müssen Bund und Länder besser zusammenarbeiten. Weder der Bund, der mit der Neugestaltung des Rahmenrechts den Bologna-Prozess begonnen hat, noch die Länder und Hochschulen, die den Prozess seitdem maßgeblich gestalten, dürfen sich aus ihrer Verantwortung stellen. Die Studierenden haben das Schwarze-Peter-Spiel mit gegenseitigen Schuldvorwürfen zwischen der Hochschulrektorenkonferenz, dem Bund und den Ländern satt. Deshalb fordern wir, dass Bund und Länder in Verhandlungen zu einem „Pakt für Studienqualität und gute Lehre“ zusammenkommen. Folgendes soll der Pakt beinhalten:

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XIII/2009)

- Bund und Länder sollen für bessere Studienbedingungen und gute Lehre in den neuen Bachelor/Master-Studiengängen in einem ersten Schritt mindestens drei Milliarden Euro zusätzlich für drei Jahre zur Verfügung stellen, so wie es Hochschulrektorenkonferenz und Wissenschaftsrat mehrfach angemahnt haben.
- Außerdem wollen wir ein höheres BAföG für mehr Studierende sowie Schülerinnen und Schüler erreichen. Dabei sind folgende Anforderungen zu berücksichtigen: die Erhöhung der Altersgrenzen und der Einkommensfreibeträge, die Einbeziehung berufsbegleitender Studiengänge und die Ausweitung der elternabhängigen Schülerförderung auf zu Hause wohnende Oberstufenschülerinnen und -schüler.
- Es muss eine Personaloffensive erfolgen, die zusätzliches Lehrpersonal bei Professoren, Juniorprofessuren und vor allem im Mittelbau ermöglicht. Ein gemeinsamer Wettbewerb „Gute Lehre“ soll die vorbildliche Verbindung von guten Ausbildungs- und Wissensvermittlungsleistungen mit dem gesellschaftlichen Bildungsauftrag an Hochschulen prämiieren. Studienberatung und -betreuung müssen deutlich ausgebaut und auf die Bedürfnisse der Studierenden ausgerichtet werden. Ein dialogorientiertes Zulassungsverfahren muss zügig umgesetzt und dabei die Teilnahme aller Hochschulen mit allen Studiengängen sowie die Entlastung der Studierenden gesichert werden.
- Zudem wollen wir erreichen, dass das sozial ungerechte Stipendienmodell von Schwarz-Gelb gestoppt wird. Dies will Schavan übrigens dadurch durchsetzen, dass sie die Zustimmung der SPD-Länder zu ihrem Stipendienmodell zur Bedingung für eine BAföG-Erhöhung macht. Das zeigt deutlich, ihr geht es nicht um die Anliegen der Studierenden, die von ihr angekündigte BAföG-Erhöhung ist schlichte Verhandlungsmasse.

FINANZEN

Stärkere Projektförderung für kleine und mittlere Unternehmen

Staatliche Projektförderung ist ein unverzichtbares Element der deutschen Forschungsförderung und muss weiter ausgebaut werden. Das Bundesforschungsministerium plant eine Steuergutschrift für alle Unternehmen ohne eine Beschränkung auf kleine und mittlere Unternehmen. Das bedeutet mangelnde forschungspolitische Gestaltbarkeit, fehlende Zielge-

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XIII/2009)

naugigkeit und Bevorzugung großer Konzerne. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher in einem Antrag (Drs. 17/247) eine ergänzende steuerliche Förderung für kleine und mittlere Unternehmen.

Ein Großteil der gesamten Forschungs- und Entwicklungsarbeiten wird in Deutschland in Unternehmen durchgeführt. Eine Evaluierung staatlicher Forschungs- und Innovationsförderung hat gezeigt, dass besonders kleine und mittlere Unternehmen weniger stark von der Projektförderung profitieren als Großunternehmen. Gleichzeitig sind es aber vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, die einen Großteil neuer Arbeitsplätze auch im Bereich von Forschung und Entwicklung bereithalten und schaffen. Deshalb ist es wichtig, auch angesichts der begrenzten finanzpolitischen Spielräume, bei der steuerlichen Förderung eine Begrenzung auf kleine und mittlere Unternehmen vorzunehmen.

In dem Antrag „Innovative KMU stärken – ein nachhaltiges steuerliches FuE-Förderkonzept vorlegen“ fordern wir die Bundesregierung u. a. auf, unverzüglich einen forschungspolitisch substantiellen und finanzpolitisch soliden Entwurf für die Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschungs- und Entwicklungsausgaben vorzulegen. Außerdem soll die Bundesregierung sicherstellen, dass die Einführung einer steuerlichen Förderung nicht zu Lasten der Projektförderung geht. Notwendig ist vielmehr, dass die zusätzlich für Bildung und Forschung zur Verfügung stehenden Mittel auch in den weiteren Ausbau der Projektförderung investiert werden.

Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit steuerfrei lassen

Am 18. Dezember hat der Deutsche Bundestag den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit erhalten“ (17/244) beraten. Darin fordern wir die Bundesregierung auf, auf ungedeckte Steuersenkungen zu verzichten und eine eindeutige Zusicherung zu geben, dass die Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit erhalten bleibt.

In einer Debatte in Wissenschaft und Öffentlichkeit über steuerliche Subventionen wird unter anderem auch die Streichung der Steuerfreiheit der Sonn- und Feiertags- sowie der Nacht-

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XIII/2009)

zuschläge diskutiert. Eine solche Forderung richtet sich vor allem gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die unter erschwerten Bedingungen Schicht- und Wochenendarbeit leisten müssen. Eine Streichung der Steuerfreiheit der Zuschläge hätte für weite Teile der Beschäftigten empfindliche Einkommenseinbußen von über 2 Milliarden Euro zur Folge. Besondere Brisanz erhält diese Forderung durch die derzeitige Steuerpolitik der neuen Koalition. In der Vergangenheit haben sich CDU, CSU und FDP für die Streichung der Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge ausgesprochen.

INNEN

Für die Abschaffung von Kettenduldungen

Am 17. Dezember 2009 hat der Bundestag unseren Gesetzentwurf zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes (Altfallregelung) (17/207) in 1. Lesung beraten. Ziel unseres Gesetzentwurfes ist, dass Ausländer, wenn sie über mehrere Jahre geduldet wurden, aber nicht abgeschoben werden können, eine Aufenthaltserlaubnis und damit eine Perspektive auf Integration bekommen. Wir wollen damit so genannte Kettenduldungen abschaffen.

Gleichzeitig entwickeln wir mit unserem Gesetzentwurf die so genannte Altfallregelung fort, die die Große Koalition 2007 geschaffen hat. Damit sollen auch Personen erfasst werden, die derzeit eine so genannte Aufenthaltserlaubnis auf Probe nach der gesetzlichen Altfallregelung haben. Nach dieser Regelung, die noch bis 31. Dezember 2009 gilt, müssen diese Personen nachweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt überwiegend eigenständig durch Erwerbstätigkeit sichern können. Vielen der Betroffenen wird dies nicht gelingen. Deshalb wollen wir eine Regelung schaffen, die die Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung dahingehend absenkt, dass auch das ernsthafte Bemühen um Arbeit als ausreichend erachtet wird. Wir wollen auch eine eigenständige Regelung für Personen, die in Deutschland einen Schulabschluss machen. Für Altfälle mit einer Aufenthaltsdauer von einem Jahrzehnt und mehr wollen wir eine noch weitreichendere Ausnahme von den allgemeinen Voraussetzungen erreichen. Anders als die bisher geltende Altfallregelung verzichten wir mit unserem Entwurf auf einen einmaligen Stichtag, zu dem Betroffene den mehrjährigen Aufenthalt nachweisen müssen. Stattdessen soll es eine so genannte rollierende Regelung geben. Sie

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XIII/2009)

ist auch auf künftige Fälle anwendbar, sofern der jeweils im Gesetz festgelegte Zeitraum überschritten ist, und vermeidet so neue Kettenduldungen.

RECHT

Keine Diskriminierung aufgrund sexueller Identität

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, transsexuelle und intersexuelle Menschen sind in unserer Gesellschaft auch heute noch Anfeindungen, gewaltsamen Übergriffen und Benachteiligungen ausgesetzt. Einfachgesetzliche Diskriminierungsverbote haben die rechtliche Situation der Betroffenen zwar deutlich verbessert. Ein ausdrückliches Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität im Grundgesetz schafft jedoch klarere Vorgaben. Letztlich steht es für das deutliche Bekenntnis, dass Gesichtspunkte der sexuellen Identität eine ungleiche Behandlung unter keinen Umständen rechtfertigen können. Wir haben deshalb am 15. Dezember einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes in unserer Fraktionssitzung beschlossen (Drs. 17/254).

Als Konsequenz aus der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Selektionspolitik hatte sich der Parlamentarische Rat 1948/49 dafür entschieden, neben dem allgemeinen Gleichbehandlungsgebot im Grundgesetz zu verankern, welche persönlichen Merkmale als Anknüpfungspunkt staatlicher Differenzierung schlechthin ausscheiden: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Zwei der im nationalsozialistischen Deutschland systematisch verfolgten Personengruppen fehlten in dieser Aufzählung: Behinderte und Homosexuelle. Im Rahmen der Überarbeitung des Grundgesetzes nach der Deutschen Einheit wurde 1994 das Verbot der Benachteiligung aufgrund der Behinderung aufgenommen. In der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat sprach sich zwar eine Mehrheit für die Aufnahme eines Diskriminierungsverbots aufgrund der sexuellen Identität aus, die erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde jedoch nicht erreicht (Drs. 12/6000, S. 54). Mehrere Landesverfassungen enthalten inzwischen ein Verbot der Ungleichbehandlung aufgrund der sexuellen Identität.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de